



**ELDH** European Association of Lawyers  
for Democracy and World Human Rights



**Colombia Caravana UK Lawyers Group**  
promoting access to justice  
and protecting human rights

Presseerklärung - 24. Januar 2014

## **TAG DER BEDROHTEN ANWÄLTIN / DES BEDROHTEN ANWALTS Morddrohungen gegen Anwältinnen und Anwälte in Kolumbien**

Anwält\_innen in ganz Europa protestieren heute in Ankara, Athen, Barcelona, Berlin, Bilbao, Brüssel, Den Haag, Douala, Düsseldorf, Istanbul, Izmir, London, Madrid, Mailand, Paris, Quito, Paris, Rom, Sevilla, Stockholm und anderen Städten.

Der Tag der bedrohten Anwältin / des bedrohten Anwalts ist in diesem Jahr den Anwältinnen und Anwälten in Kolumbien gewidmet, die Morddrohungen erhalten, weil sie die Rechte der Ärmsten verteidigen und die Opfer von Menschenrechtsverletzungen insbesondere in ländlichen Gebieten vertreten, wo Kleinbauern versuchen auf das Land zurückzukehren, das ihnen rechtswidrig entzogen worden ist.

In Kolumbien ist es extrem gefährlich als Anwältin / als Anwalt zu arbeiten und den Zugang zur Justiz zu gewährleisten. Nach den Informationen des Büros des Generalstaatsanwalts in 2012 gab es über 4.400 Anschläge gegen Anwält\_innen zwischen 2002 und 2012 und nach Angaben des UK CARAVANA Anwaltsteams wurden seit 1991 über 400 Rechtsanwält\_innen in Kolumbien getötet. Das bedeutet, im Schnitt ist jeden Monat ein/e Anwält\_in getötet worden. In den ersten 11 Monaten des Jahres 2013 waren es mindestens 16.

Nur eine kleine Minderheit der über 200.000 Anwält\_innen in Kolumbien widmet sich der Vertretung der schutzlosesten Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von Übergriffen wie außergerichtliche Tötungen, gewaltsames Verschwindenlassens und von Verletzungen durch bewaffnete Konflikte betroffen sind. Dieser marginalisierte Sektor umfasst Kleinbauern, arme städtische Gemeinden, Binnenflüchtlinge, indigene und afro-kolumbianische Gemeinden, deren angestammtes Land oft reich an natürlichen Ressourcen ist oder wegen seiner Lage strategische Bedeutung hat. Kurz gefasst, die Tätigkeit dieser Anwält\_innen ist Grundvoraussetzung für den Zugang zur Justiz und für die Gewährleistung rechtsstaatlicher Verhältnisse in diesem Land.

Eine erhebliche Anzahl von Drohungen gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen, einschließlich Anwält\_innen, geht von illegalen paramilitärischen Gruppen aus, die trotz ihrer offiziellen Demobilisierung tatsächlich fortfahren in ganz Kolumbien zu operieren. In diesen Drohungen werden Menschenrechtsanwält\_innen oft beschuldigt gemeinsame Sache mit bewaffneten Guerillas zu machen

und sie so für Angriffe frei zu geben. Neuere Drohungen von illegal bewaffneten Gruppen haben den Anwält\_innen und andere Menschenrechtsverteidiger\_innen vorgeworfen die Arbeit multinationaler Unternehmen zu behindern. In der Tat sind solche Menschenrechtsanwält\_innen, die mit Menschenrechtsverletzungen in ländlichen Gebieten gegenüber Kleinbauern befasst sind, die auf das ihnen enteignete Land zurückzukehren versuchen, und wo Entwicklungsprojekte umgesetzt werden sollen, häufig besonderen Repressionen ausgesetzt.

Zusätzlich zu den Drohungen durch illegale bewaffnete Gruppen, waren Menschenrechtsanwält\_innen in den vergangenen Jahren Opfer einer Kampagne der geheimen Datensammlung durch den staatlichen Geheimdienst DAS. Es wurde festgestellt, dass diese Institution persönliche Daten von bekannten Menschenrechtsverteidiger\_innen, einschließlich Anwält\_innen und Richter\_Innen und ihren Familienangehörigen sammelte. Obwohl der DAS später aufgelöst und ersetzt wurde durch das Nationale Geheimdienst-Direktorium (DNI) und leitende Beamte verurteilt wurden, drückten zahlreiche Menschenrechtsorganisationen ihre Besorgnis aus, dass die Geheimakten über sie nicht völlig gelöscht wurden, weswegen einige von ihnen ihr offizielles staatliches Schutzprogramm 2011 zurückwiesen.

Die hohe Anzahl von Morden an Menschenrechtsverteidiger\_innen, einschließlich Anwält\_innen, bedeutet, dass Drohungen gegen sie sehr ernst genommen werden müssen, insbesondere da die Anzahl von Menschenrechtsverteidiger\_innen weiter zunimmt. Kolumbianische Menschenrechtsverteidiger\_innen haben daher die Regierung aufgefordert öffentlich anzuerkennen, dass das Recht der Opfer auf Zugang zur Justiz legitim und notwendig für das Funktionieren der Demokratie ist. Stattdessen haben staatliche Stellen die Arbeit von Menschenrechtsanwält\_innen gebrandmarkt.

Der gegenwärtige Friedensdialog zwischen der Regierung und der FARC Guerilla ist ein positives Zeichen, dass Kolumbien auf dem Weg ist ein Ende des bewaffneten Konflikts zu erreichen. Dennoch wird der Frieden nicht durch die Unterzeichnung eines Abkommens zu erreichen sein. Eine Anzahl von rechtlichen, politischen und sozialen Maßnahmen muss ergriffen werden, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, verbunden mit Garantien der Nicht-Wiederaufnahme bewaffneter Gewalt. Kolumbianische Menschenrechtsanwält\_innen fordern eine nationale Debatte nach dem Modell der Übergangsjustiz, welche das Ende der bewaffneten Kämpfe garantiert, jedoch das Recht der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung nach internationalem Recht respektiert. Es gibt jedoch starke Befürchtungen, dass die Gesetzgebung sowie das von der Regierung vorgeschlagene Rahmenprogramm für Frieden und die bereits angenommene Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit zu weitreichender Amnestie und Straflosigkeit führen können.

Aus diesem Grund haben die drei europäischen Juristenorganisationen - die Europäischen Demokratischen Anwält\_innen (AED-EDL, [www.aed-edl.net](http://www.aed-edl.net)), die Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt (EJDM, [www.ejdm.eu](http://www.ejdm.eu)) und das Europäische Menschenrechtsinstitut der Anwaltskammern (IDHAE, [www.idhae.org](http://www.idhae.org)), welche Jurist\_innen in ganz Europa repräsentieren - entschieden größere öffentliche Aufmerksamkeit auf die schwierige Lage der Anwält\_innen in Kolumbien am TAG DER BEDROHTEN ANWÄLTIN / DES BEDROHTEN ANWALTS zu lenken. Anwält\_Innen in zahlreichen europäischen Ländern werden daher vor kolumbianischen Botschaften und Konsulaten protestieren.

Der TAG DER BEDROHTEN ANWÄLTIN / DES BEDROHTEN ANWALTS ist eine Initiative, die in 2010 zugunsten der Anwält\_innen im Iran von den AED-EDL gestartet wurde. Das Datum 24. Januar wurde gewählt in Erinnerung an die 4 Gewerkschaftsjurist\_innen und eine Angestellte, die im Gewerkschaftsbüro in der Atocha Straße in Madrid in 1977 ermordet wurden (Massaker von Atocha). Dies geschah in der Zeit des Übergangs nach dem Tod des spanischen Diktators Franco (1975). Die verhafteten Täter standen in enger Verbindung zu rechtsextremen Organisationen in Spanien.

AED-EDL, EJDM und IDHAE verurteilen auf schärfste die oben beschriebenen Gewalttaten gegen Anwält\_innen und fordern von der kolumbianischen Regierung:

- Geeignete Maßnahmen um die Sicherheit für Rechtspraktizierende zu gewährleisten, wie sie in den UN Grundprinzipien betreffend die Rolle der Rechtsanwälte festgelegt sind;
- Öffentlich die Legitimität der Arbeit von Menschenrechtsverteidiger\_innen, einschließlich Anwält\_innen, sowie von Umweltaktivist\_innen und Gewerkschafter\_innen anzuerkennen;
- Die vom Staat tolerierte Straflosigkeit für die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen zu beenden;
- Maßnahmen zur Sanktionierung von Staatsbediensteten zu treffen, welche Menschenrechtsverteidiger\_innen diffamieren;
- Die unverzügliche Freilassung aller Anwält\_innen, die wegen der Ausübung ihrer beruflichen Obliegenheiten inhaftiert wurden.

Sie fordern weiterhin eine internationale unabhängige Untersuchung zur Aufklärung der oben beschriebenen Vorfälle, mit dem Ziel die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen.

★ ★ ★

**Prof. Bill Bowring**, Rechtsanwalt, Präsident der EJDM, London, England

[www.eldh.eu](http://www.eldh.eu)

**Frédéric Ureel**, Rechtsanwalt, Präsident der AED-EDL, Farcienne, Belgien

[www.aed-edl.net](http://www.aed-edl.net)

**Mr. Bertrand Favreau**, , Präsident der IDHAE, Paris, Frankreich

[www.idhae.org](http://www.idhae.org)

**Mr. Thomas Schmidt**, solicitor, Secretary General of ELDH, Düsseldorf, PHONE 0049-211-444 001 [endangered-lawyers@eldh.eu](mailto:endangered-lawyers@eldh.eu)

**Mr. Hans Gaasbeek**, barrister, Vice President of AED, Haarlem, 0031 6 52055043, [hgaasbeek@gaasbeekengaasbeek.nl](mailto:hgaasbeek@gaasbeekengaasbeek.nl), President of the Foundation of the Day of the Endangered Lawyer

**Mr Gorka Vellé Bergado**, **Mr. Alejandro Gamez Selma**, barristers, Coordinators of the Commission Defence of the Defence, European Democratic Lawyers (EDL), [gorka\\_velle@yahoo.es](mailto:gorka_velle@yahoo.es)

★ ★ ★

**For more information, please contact:**

Mr. Hans Gaasbeek (see above)

Mr. Thomas Schmidt (see above)

★ ★ ★

**European Democratic Lawyers (AED-EDL)**, Rue Albert 1er, 236, 6240 Farciennes, Belgium, <http://www.aeud.org/>

**European Association of Lawyers for Democracy and World Human Rights (ELDH)**, Platanenstrasse 13, 40233 – Düsseldorf, Germany, [www.eldh.eu](http://www.eldh.eu)

**European Bar Human Rights Institute (IDHAE)**, 4-6, rue de la Boucherie, L - 2012 Luxembourg, [idhae@idhae.org](mailto:idhae@idhae.org)